

Arbeit in der Globalisierung

BEMERKUNGEN AUS DER PERSPEKTIVE DER CHRISTLICH-SOZIALEN BEWEGUNG

Ich bin gebeten worden, zu den Veränderungen Stellung zu nehmen, die die Arbeit im Zeitalter der Globalisierung betreffen, und aufzuzeigen, wie sich die christlich-sozialen GewerkschafterInnen in Deutschland Lösungen vorstellen. Zuvor aber einige grundsätzliche Bemerkungen zur Arbeit in der Sozialen Marktwirtschaft.

Arbeit ist keine Ware und sie darf auch nicht wie eine solche behandelt werden. Arbeit ist unmittelbarer Ausfluß der menschlichen Person. Deshalb ist ihr Wert höher als der aller materiellen Dinge, natürlich auch des Kapitals. Diese Grundüberzeugung der christlichen Gesellschaftslehre ist nicht zuletzt in päpstlichen Verlautbarungen immer wieder herausgestellt worden.

Dass Arbeit nicht einfach irgendein Rohstoff ist, den man beliebig auf Halde legen und bei Bedarf wieder verwenden kann, ergibt sich aber nicht nur aus dem christlichen Glauben, sondern auch aus vernunftgemäßer Erkenntnis. Nur deshalb kann die christliche Gesellschaftslehre überhaupt in einer säkularisierten Welt politisch wirksam werden. Deshalb will ich mich im weiteren nicht mit den theologisch-ethischen Zusammenhängen beschäftigen, sondern allein mit sozialen und ökonomischen.

Es ist eine Grunderkenntnis der Sozialen Marktwirtschaft, dasss Markt und Wettbewerb nur dann zu sinnvollen Ergebnissen führen können, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind: Es muß freier Wettbewerb herrschen, d.h. die Anbieter und Nachfrager nach bestimmten Gütern oder Dienstleistungen müssen sich frei bewegen können. Sie müssen die Möglichkeit haben, etwas nur dann anzubieten, wenn sie einen

Preis dafür erhalten können, der mindestens ihre Kosten deckt. Und sie müssen selbstverständlich auch ein Angebot ablehnen können, wenn ihnen der Preis zu hoch erscheint. Wo diese Möglichkeiten nicht gegeben sind, kann der Preismechanismus nicht wirken, es kommt kein freier Wettbewerb zustande und damit auch kein vernünftiger Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage. Der Markt versagt. Und wo immer der Markt versagt, macht es auch in einer Marktwirtschaft keinen Sinn, den Wettbewerb als Regelungsinstrument einzusetzen. Hier sind viel mehr andere Regulationsformen gefragt.

Arbeit ist so ein Gut, bei dem der Markt versagen muß. Menschen können nämlich ihr Angebot an Arbeit nicht einfach vom Markt zurückziehen, wenn ihnen der Preis nicht angemessen erscheint. Menschen brauchen Arbeit zum Lebensunterhalt. Sie können nicht darauf verzichten, ihre Arbeitskraft anzubieten, falls ihnen keine anderen Einkunftsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Und sie sind auch nicht wirklich frei, was den Preis betrifft, zu dem sie ihre Arbeitskraft anbieten. Eigentlich müßten sie immer mindestens soviel damit verdienen können, dass sie den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie davon gewährleisten können. Aber weil sie überleben müssen, können sie diesen Grundsatz nicht durchhalten, und wenn der Staat, wie das eine moderne Zivilisation tut, eine Garantie für das Existenzminimum der Menschen übernimmt, dann muß man u.U. auch sehr gering bezahlte Arbeit annehmen. Da hier aber massiv in den Preisbildungsmechanismus eingegriffen wird, ergibt sich kein Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot mehr.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

REGINA GÖRNER

www.kas.de

www.kas.de/italien

Ich stelle diese Bemerkungen an den Anfang, weil ich deutlich machen will, dass es sogenannte „freie“ Arbeitsmärkte eigentlich gar nicht geben kann. Wenn man die Arbeit dem Marktmechanismus überläßt, werden immer die privilegiert, die Arbeit nachfragen, das Nachsehen habe die, die Arbeit anbieten. Genau dies ist das Ergebnis des Neoliberalismus anglo-amerikanischer Prägung, mit dem es die Volkswirtschaften der Welt seit einigen Jahren zu tun haben.

Der sogenannte Kasinokapitalismus negiert die Tatsache, dass Märkte versagen können und bestreitet das Recht und erst recht die Pflicht des Staates, Grundstrukturen der Arbeitsmärkte zu regulieren und dafür zu sorgen, dass zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeit so etwas wie ein Gleichgewicht entstehen kann.

Die modernen technologischen Entwicklungen haben das Ungleichgewicht zwischen den Anbietern von Arbeit und den Anbietern von Kapital weiter verstärkt: Kapital ist heute weltweit und jederzeit verfügbar. Arbeit ist weiterhin im wesentlichen ortsgebunden.

Seit Beginn der Industrialisierung haben Arbeitnehmer darum gekämpft, der Unterlegenheit des Faktors Arbeit an den Märkten etwas entgegenzusetzen. Neben staatlichen Maßnahmen für Arbeitsschutz und Bildung, für soziale Sicherung und Teilhabe, haben die Anbieter von Arbeitskraft versucht, ihre eigenen Kräfte zu bündeln und auf diese Art und Weise die Unterlegenheit gegenüber der Kapitaleseite zu verringern. Gewerkschaften sind dazu ihr wesentliches Instrument. Durch Tarifverträge vereinheitlichen sie die Lohn- und Einkommensbedingungen für die Beschäftigten und verhindern so, dass Arbeitgeber die Arbeitnehmer gegeneinander ausspielen können. Bei Flächentarifverträgen gelingt es auf diese Weise sogar, die Unternehmen, die in einer Branche miteinander konkurrieren, davon abzuhalten, über die Lohn- und Arbeitskosten miteinander in Wettbewerb zu treten.

Die christliche Soziallehre und das an ihr orientierte Modell des Rheinischen Kapitalismus oder der Sozialen Marktwirtschaft hat diese Kartellbildung auf der Arbeitnehmer-

seite übrigens ausdrücklich erlaubt. Gewerkschafts- und Tarifrrechte sind heute in vielen Verfassungen verankert.

In vielen europäischen Ländern sicherten die Staaten nach dem 2. Weltkrieg das System rechtlich ab und gewährleisteten die Rahmenbedingungen. Das ist im Kern das europäische Sozialmodell, mit dem die ArbeitnehmerInnen im Großen und Ganzen gut gefahren sind.

Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus, aber auch mit der Globalisierung, ist dieses Modell immer weiter in die Defensive geraten.

Seit die Global Player sich dem Diktat des Shareholder Value unterstellt haben,

seit die Staaten sich immer weiter aus den Märkten zurückziehen,

seit mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Entwicklung der Informationstechnologien im Weltmaßstab konkurriert wird,

sind die alten Lösungsstrategien des Europäischen Sozialmodells in die Krise geraten.

Der technologische Fortschritt hat vor allem im Bereich von Kommunikation und Medien revolutionäre Sprünge gemacht, die menschliche Arbeit ersetzt. Das kostet Arbeitsplätze und verändert auch die Arbeitsplätze, die bleiben und zukunftsträchtig sind. Berufliche Qualifikation wird immer wichtiger für Beschäftigungsfähigkeit. An- und Ungelernte sind zunehmend schwieriger in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Wo Unternehmen weltweit miteinander konkurrieren, treten auch die nationalen Tarifsysteme oder die Systeme der sozialen Sicherheit miteinander in Konkurrenz. Es gelingt immer weniger, den Wettbewerb über die Arbeitskosten zu verhindern. Arbeitsplätze werden verlagert und gehen in den Hochlohnländern verloren.

Bei den Global Players wird Standortwettbewerb praktiziert: Produktionsanlagen und damit Arbeitsplätze werden immer stärker nach den jeweils niedrigsten Arbeitskosten

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

REGINA GÖRNER

www.kas.de

www.kas.de/italien

vergeben. Damit sehen sich die Beschäftigten in diesen Konzernen weltweit einem ständigen Unterbietungswettbewerb ausgesetzt, der zurückschlägt in die nationalen Tarifpolitiken.

Hinzu kommt, dass Gewerkschaften ihre Machtbasis zu vernachlässigt haben. Überall in Europa sind die Organisationsgrade zurückgegangen. Tariffreie Räume weiten sich aus und lassen den Wettbewerb über den Lohn zurückschwappen in den tariflich geregelten Bereich.

Negative Folgen für die Arbeit ergeben sich auch aus dem vom Neoliberalismus propagierten Rückzug des Staates aus der Ökonomie. Im Wettbewerb um möglichst niedrige Steuersätze werden die Staaten immer ärmer, müssen sich massiver verschulden und fahren ihr Leistungsangebot immer weiter zurück, was vor allem diejenigen trifft, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Damit gehen auch Arbeitsplätze in staatlichen oder von staatlicher Finanzierung abhängigen Bereichen verloren.

Auch in der Sozialpolitik hat der Staat den Rückzug angetreten. Immer weitere Bereiche der sozialen Sicherung werden ungeregelten Finanzmärkten überlassen, die damit weltweit Anlagemöglichkeiten für immer größere Geldsummen finden müssen, denen keine entsprechende Realwertschöpfung mehr gegenübersteht. Kapitalerträge resultieren daher mehr und mehr aus spekulativen Geschäften, nicht mehr aus industrieller Wertschöpfung. Ganze Staaten haben ihre Industrieproduktion beherzt zurückgefahren, sich immer stärker auf Dienstleistungen, nicht zuletzt Finanzdienstleistungen, konzentriert und stehen derzeit vor ungeheuren Problemen. Angemessene Mischstrukturen aus Industrieproduktion, Handwerk, industriellen, personengebundenen und Finanzdienstleistungen, die auch ausgeglichene Leistungsbilanzen gewährleisten können, sind Seltenheit geworden. Währungs- und Konjunkturschwankungen schlagen in diesen unausgewogenen Strukturen sofort durch und gefährden Arbeitsplätze.

Vor allem aber suchen Unternehmen sich mittlerweile systematisch vom Beschäfti-

gungsrisiko zu entlasten. Sie wälzen die Risiken auf Zulieferer ab, betreiben Outsourcing von Unternehmensteilen, die nicht ausreichend zum Shareholdervalue beitragen, und überlassen das Risiko immer stärker den arbeitenden Menschen in immer unsichereren Beschäftigungsverhältnissen. Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse prägt inzwischen weltweit die Arbeitsmärkte.

All dies beeinträchtigt das Recht auf Arbeit, das Recht gute Arbeit zu haben. Was können Gewerkschaften und Politik tun, um gegenzuhalten? Bitte erlauben Sie mir, dass ich vor allem von den Aspekten spreche, die ich in Deutschland für nötig halte.

1. Wir müssen die Debatte gegen die Deregulierung der Arbeitsmärkte entschiedener führen. Die Erkenntnis vom Marktversagen beim Faktor Arbeit muß der Politik überhaupt erst vermittelt werden.
2. Wir brauchen dringendst wenigstens ein Mindestmaß an Regulierung für die internationalen Finanzmärkte. Das geht alles viel zu langsam. Währenddessen kumulieren schon wieder die Risiken und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Krise, die wir gerade erlebt haben, zum Normalfall wird. Das darf unter keinen Umständen passieren.
3. Es macht keinen Sinn, technologische Entwicklungen zurückdrängen zu wollen. Es macht auch keinen Sinn, jeden Arbeitsplatz um jeden Preis erhalten zu wollen. Für uns in Deutschland ist klar: Wenn wir die Produkte und Dienstleistungen, bei denen wir richtig gut sind, auch in Zukunft verkaufen wollen, dann muß es in der Welt Menschen geben, die sich diese Produkte leisten können. Dazu müssen sie Arbeit haben. Wir wollen deshalb eine neue internationale Arbeitsteilung nicht blockieren, wohl aber ihre Auswirkungen abfedern und möglichst so strecken, dass die Folgen für die Menschen und Regionen, die Arbeitsplätze verlieren, verkraftbar sind.
4. Wir müssen unsere KollegInnen in die Lage versetzen, die technologischen Entwicklungen und Veränderungen mit vollziehen zu können. Qualifizierung muß deshalb in der gewerkschaftlichen Interessenvertre-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

REGINA GÖRNER

www.kas.de

www.kas.de/italien

tung wichtiger werden. Glücklicherweise haben sich die Metallgewerkschaften in ihrem ersten Rahmenbeschluß zur Koordinierung der Tarifpolitik genau dieses Handlungsfeld vorgenommen.

5. Wir müssen der Niedriglohnpolitik unterschiedener entgegenzutreten. Das gilt nicht zuletzt für uns in Deutschland. Wir sind inzwischen, was den Niedriglohnsektor betrifft, in der OECD ganz weit vorn gelandet – auf Platz 2 unmittelbar hinter den USA. Das bremst unsere Lohnentwicklung, schwächt die private Nachfrage in Deutschland und führt u.a. zu Leistungsbilanzdefiziten, die dauerhaft nicht hinnehmbar sind. Außerdem schwächt es die Einnahmehasis des Staates und der Sozialversicherungen. In Deutschland gehört dazu auch die Durchsetzung gesetzlicher Mindestlöhne und selbstverständlich auch der Kampf um höhere Tariflöhne.

6. Wir müssen der Prekarisierung der Arbeit den Kampf ansagen. Wir dürfen keine zweiten Lohnlinien im Betrieb akzeptieren. Das schwächt die Interessenvertretung der Arbeitnehmer und spaltet die Belegschaften und Generationen – es sind ja vor allem die jungen Menschen davon betroffen. Seit einigen Jahren treiben wir deshalb in der IG-Metall Kampagnen gegen die Leiharbeit voran.

7. Prekäre Beschäftigung ist nicht hinnehmbar, weil damit unverzichtbare Grundlagen der Gesellschaft zerstört werden: die Familie und das ehrenamtliche Engagement. Beides braucht Stabilität und Verlässlichkeit und ist unter den Bedingungen völlig flexibler Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten nicht mehr möglich.

8. Wir müssen alles tun, um die Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander wieder zu begrenzen: Dazu gehört in Deutschland der Erhalt der Einheitsgewerkschaft, der Grundsatz der Tarifeinheit im Betrieb und das ernsthafte Bemühen der Einheitsgewerkschaft, auch die Interessen kleinerer Beschäftigtengruppen zu vertreten. Wenn das nicht gelingt, werden dort, wo Beschäftigtengruppen bereits jetzt eine starke Verhandlungsposition haben, Spartengewerk-

schaften entstehen, die nur die eigenen Interessen wahrnehmen.

9. Gewerkschaften werden ihre Tarifpolitiken besser vernetzen und koordinieren müssen. Die europäischen Metallgewerkschaften verständigen sich bereits auf Leitlinien zur Koordinierung der Tarifpolitik. Darüber hinaus werden wir dem Standortwettbewerb bei den Global players etwas entgegensetzen müssen. Meines Erachtens kann man hier auf den Strukturen der Europäischen Betriebsräte aufbauen, damit die Kapitalseite uns nicht mehr gegeneinander treiben kann.

10. Wir müssen für Strukturen der sozialen Sicherung eintreten, die uns weniger abhängig von den internationalen Kapitalmärkten machen. In der Krise ist deutlich geworden, dass wir gut daran tun, uns wieder verstärkt für umlagefinanzierte staatliche Sicherungssysteme einzusetzen und der Privatisierung dieser Bereiche einen Riegel vorzuschieben.

11. Nicht zuletzt müssen wir dafür sorgen, die Teilhabe und Mitentscheidungsmöglichkeiten im Wirtschaftsgeschehen zu verstärken. Es ist ein gutes Zeichen, dass Gewerkschaften demnächst bei den G20-Beratungen werden mitwirken können. Und das kann nur der Anfang sein. Dafür müssen wir weltweit unsere internationalen Institutionen stärken.

12. Ganz wichtig finde ich, dass man nicht nur in Deutschland, sondern weltweit an Strukturen der Mitbestimmung in den Unternehmen und Konzernen arbeitet, damit wir der shareholdervalue-Orientierung der Unternehmensleitungen etwas entgegensetzen können. Damit liesse sich auch die fatale Kurzfristorientierung abschwächen, die uns in die Krise geführt hat und weiterhin die Nachhaltigkeit von Unternehmen und Arbeitsplätzen bedroht.

13. Wir müssen dafür kämpfen, dass das geregelte Arbeitsverhältnis mit einer dauerhaften Bindung an ein Unternehmen, das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, auch normal bleibt. Alle Überlegungen zur Sozialpartnerschaft, zur sozialen Sicherung in Un-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

REGINA GÖRNER

www.kas.de

www.kas.de/italien

ternehmen, zur Qualifizierung usw. hängen wesentlich an der rechtlichen Bindung zwischen Unternehmen und Beschäftigten.

Wenn es hier zu einer weiteren Erosion kommt, wird man die Auswirkungen durch ein Mehr an Staat in den Griff bekommen müssen. Das würde dem Subsidiaritätsprinzip sicher wenig entsprechen.

14. Wir müssen für einen starken Staat, ein starkes Europa und starke internationale Institutionen eintreten.

15. Und vor allem müssen wir daran arbeiten, dass Gewerkschaften stark bleiben bzw. wieder stark werden. Wir haben in Deutschland – und leider nicht nur dort – viel zu lange mehr oder weniger passiv zugehört, wie unsere Mitgliederbasis erodiert ist. Das müssen wir ändern. Nur dann werden wir Gegenmacht in der Wirtschaft darstellen können.

16. Und da, wo wir stark sind, oder wieder werden, müssen wir unsere Kraft einsetzen, damit andere ArbeitnehmerInnen davon profitieren können, z.B. indem wir bei den Global Players durch Internationale Rahmenvereinbarungen bestimmte Standards wie die ILO-Normen auch für ArbeitnehmerInnen in Ländern der Dritten Welt durchsetzen.